

KoSIT · Rudolf-Hilferding-Platz 1 · 28195 Bremen

An die Mitglieder des Änderungsbeirats für
das Fachmodul des Personenstandswesens

Per Mail

Auskunft erteilt:

Hannes Weber

Tel. +49 421 361 5513

E-Mail hannes.weber@finanzen.bremen.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens:

Mein Zeichen (bitte bei Antwort angeben)

900-08-03-005-002-4/2016-34/2017 -
40081/2017

Bremen, 15.08.2017

Umlaufbeschluss zur Umsetzung der Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Fachmodul des Personenstandswesens

Das „Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ (BGBl. I S. 2787) wurde am 28. Juli 2017 im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt zum 1. Oktober 2017 in Kraft.

In Abstimmung mit den Bundesländern hat das BMI V II 1 am 28. Juli Anwendungshinweise zur Umsetzung des o. g. Gesetzes veröffentlicht. Mit diesen Anwendungshinweisen ist sichergestellt, dass auch Bürger gleichen Geschlechts ab dem 1. Oktober 2017 ihr Recht auf eine Eheschließung wahrnehmen können, indem u. A. festgelegt wird,

1. dass Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Ehegatten sowie Umwandlungen nach § 17a PStG ab dem 1. Oktober 2017 im Eheregister beurkundet werden, wobei das bereits heute existierende Eheregister auf eine spezielle Art und Weise verwendet wird und
2. dass der für Umwandlungen nach § 17a PStG erforderliche Mitteilungsverkehr teilweise nur konventionell erfolgen soll.

Die erforderlichen Änderungen an den personenstandsrechtlichen Vorschriften und die Anpassung an XPersonenstand und XPersonenstandsregister sollen gemäß Ziffer 10 der Anwendungshinweise in 2018 erarbeitet werden und zum 1. November 2018 in Kraft treten.

Dienstgebäude
Schillerstr. 22
28195 Bremen
Internet: <http://www.osci.de/>, <http://www.xoev.de/>

Briefkästen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel. (0421) 361-0,
www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de

Bankverbindungen
Bremer Landesbank
IBAN: DE27 2905 0000 1070 1150 00 BIC: BRLADE22XXX
Sparkasse Bremen
IBAN: DE73 2905 0101 0001 0906 53 BIC: SBREDE22
Deutsche Bundesbank, Filiale Hannover
IBAN: DE16 2500 0000 0025 0015 30 BIC: MARKDEF1250

Das Betriebskonzept für XInneres sieht vor, dass Änderungen an XInneres (bzw. an einem der Fachmodule) in einem geordneten Verfahren und unter Beteiligung der Gremien des gemeinsamen Betriebs erarbeitet und beschlossen werden. Weiter soll gemäß des Betriebskonzepts zwischen der Veröffentlichung einer Version von XInneres (bzw. eines seiner Fachmodule) und deren Inkrafttreten ein Zeitraum von 9 Monaten liegen, in dem die betroffenen Verfahrenshersteller die Änderungen in der gebotenen Qualität umsetzen können und in dem die angepassten Verfahren von den Anwendern in Betrieb genommen werden können.

Mit diesem Schreiben möchte die KoSIT einen Umlaufbeschluss des Änderungsbeirats für das Fachmodul des Personenstandswesen zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts herbeiführen.

Unverzügliche Anpassung des Mitteilungsverkehrs

Um für den Mitteilungsverkehr die „Zielvorgabe“ aus den Anwendungshinweisen unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen aus dem Betriebskonzept zu erfüllen, schlagen wir vor die Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Mitteilungsverkehr der Standesämter unverzüglich umzusetzen. Die dafür erforderlichen Anpassungen sollten bereits in der Version 1.7.3 von XPersonenstand zum 31. Januar 2018 veröffentlicht werden, damit sie Betriebskonzept-konform zum 1. November 2018 in Kraft treten können.

Auch wenn die Änderungen der personenstandsrechtlichen Vorschriften voraussichtlich erst im Lauf des Jahres 2018 erfolgen werden, ist nach hiesiger Auffassung die Meinungsbildung zwischen Bund und Ländern im Bereich des Mitteilungsverkehrs belastbar genug, um die Anpassungen an XPersonenstand bereits in 2017 durchführen zu können.

Im Rahmen der Arbeit des Expertengremiums sollte auch geprüft werden, ob über Handlungsanweisungen die Übermittlung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen und Umwandlungen nach § 17a PStG mittels XPersonenstand vor dem 1. November 2018 ermöglicht werden kann.

Sollte die Übermittlung gleichgeschlechtlicher Ehen in die Arbeitsplanung für 2017 aufgenommen werden, stehen für die inhaltlichen Arbeiten in 2017 noch drei Sitzungen des Expertengremiums zur Verfügung, in denen die Auswirkungen auf den Mitteilungsverkehr untersucht und die erforderlichen Änderungen abgestimmt werden können. Die KoSIT schlägt

vor, zugunsten der Übermittlung gleichgeschlechtlicher Ehen die für 2017 geplanten Arbeiten an den Änderungsanträgen zur Kommunikation mit dem Jugendamt (125/2016) und mit der Finanzbehörde¹ (14/2016) zurückzustellen.

Anpassung der Registerinhalte und –schnittstelle

Die personenstandsrechtlichen Vorschriften sehen vor, dass Einträge in den Personenstandsregistern über einen Zeitraum von bis zu 110 Jahren unverändert und beweiswerterhaltend gespeichert und fortgeführt werden müssen. Diese Anforderung stellt insbesondere die Fachverfahrenshersteller im Bereich des Personenstandswesens vor die Herausforderung, die verschiedenen Datenmodelle der fachlichen Inhaltsdaten aus XPersonenstandsregister (XPSR) über den gesamten Fortführungszeitraum einlesen und verarbeiten zu können. Eine wesentliche Rahmenbedingung in der Pflege von XPSR war es daher, nur abwärtskompatible Änderungen am fachlichen Datenmodell durchzuführen und darüber die Anzahl der Datenmodelle, die die Verfahrenshersteller unterstützen müssen, und damit die Pflegeaufwände für die Fach- und Registerverfahren möglichst zu minimieren.

Die mit der Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts einhergehenden Änderungen am fachlichen Datenmodell von XPSR werden voraussichtlich nicht-abwärtskompatibel sein. Bisher liegen keine Erfahrungen mit einer nicht-abwärtskompatiblen Änderung am fachlichen Datenmodell vor. Nach Einschätzung der KoSIT muss dafür aber von einem höherem Abstimmungs- und Regelungsbedarf in XPSR ausgegangen werden, auch weil eine aus fachlichen Gründen erforderliche nicht-abwärtskompatible Änderung die Chance bietet, Altlasten im fachlichen Datenmodell von XPSR auszuräumen und gegebenenfalls systematische Verbesserungen durchzuführen.

Für Anpassungen des fachlichen Datenmodells aus XPSR sind die Datenfelder aus der Anlage 1 zur PStV die maßgebliche Grundlage. Die Arbeiten an der Anlage 1 zur PStV und die Arbeiten an fachlichen Datenmodell von XPSR müssen sehr eng abgestimmt werden. Eine Arbeit an den Inhalten des fachlichen Datenmodells im Vorgriff auf die zu erwartende Anpassung personenstandsrechtlicher Vorschriften ist daher nicht empfehlenswert.

¹ Die für die Arbeit erforderlich Unterfachgruppe im Finanzressort hat sich nach Kenntnis der KoSIT bisher noch nicht konstituiert, sodass eine Arbeit an dem Thema aktuell nicht sinnvoll erscheint.

Vor dem Hintergrund des erhöhten Abstimmungs- und Regelungsbedarf für nicht-abwärts-kompatible Änderungen, der ggfs. durchzuführenden Bearbeitung von Altlasten und der engen Abstimmung mit den Arbeiten an der Anlage 1 zur PStV kann nach hiesiger Auffassung XPSR frühestens zum 1. Mai 2019 Betriebskonzept-konform in Kraft treten.

Spätestens wenn die sich abzeichnenden Änderungen im Abstammungsrecht, die voraussichtlich ebenfalls nicht-abwärtskompatible Anpassungen an XPSR erforderlich machen, in dieser Anpassung des fachlichen Datenmodells mitberücksichtigt werden sollen, erscheint selbst der 1. Mai 2019 nicht haltbar.

Im Interesse der schnellstmöglichen und sorgfältigen Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Fachmodul des Personenstandswesens bitten wir den Änderungsbeirat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Änderungsbeirat bittet das Expertengremium die Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Mitteilungsverkehr der Standesämter unverzüglich umzusetzen. Die dafür erforderlichen Anpassungen sollen in der Version 1.7.3 von XPersonenstand veröffentlicht werden.
2. Der Änderungsbeirat bittet das Expertengremium zu prüfen, ob über Handlungsanweisungen die Übermittlung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen und Umwandlungen nach § 17a PStG mittels XPersonenstand vor dem 1. November 2018 ermöglicht werden kann.
3. Der Änderungsbeirat nimmt zur Kenntnis, dass zugunsten der Übermittlung gleichgeschlechtlicher Ehen die für 2017 geplanten Arbeiten an den Änderungsanträgen zur Kommunikation mit dem Jugendamt (125/2016) und mit der Finanzbehörde (14/2016) zurückgestellt werden.
4. Der Änderungsbeirat beschließt, die Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts nicht mehr in XPersonenstandsregister Version 1.10 (Veröffentlichung 31. Januar 2018; Wirksamkeit 1. November 2018) umzusetzen. Eine abschließende Arbeitsplanung erfolgt in der Sitzung des Änderungsbeirats im Januar 2018.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Weber